56. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 501

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Sonnabend, 22. Oktober 1927

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Unterredung Köhlers mit Parker Gilbert.

Keine Veröffentlichung des Schreibens?

Die mangelnde Fühlung zwischen Finanzministerium und Reparationsagenten.

Das Schreiben des Reparationsagenten Parker Gilbert ist nicht nur an das Reichsfinanzministerium, sondern auch an den Reichskanzler und den Reichsaußenminister Dr. Stresemann gesandt worden.

Das Schriftstück, das nicht mit einem der vierteljährlichen Berichte des Reparationsagenten zu verwechseln ist, sondern als ein aus diesem besonderen Anlaß verfaßtes Memorandum anzusehen ist, gibt im Anschluß an die Vierteljahrsberichte des Reparationsagenten einen **Ueberblick über die Entwicklung der deutschen Finanzen, macht sehr kritische Bemerkungen über das zu rasche Anwachsen der Ausgaben im Reichshaushalt und in den Etats der Länder, spricht sich entschieden gegen eine Erhöhung der Ueberweisungen an die Länder aus, und erinnert schließlich an die vom Reparationsagenten wiederholt aufgestellte Forderung nach einer scharfen, zweckdienlichen und tatsächlich durchgeführten Sparwirtschaft in allen öffentlichen Haushaltungen.** Außerdem unterstreicht der Reparationsagent in seinen Einzelausführungen gewisse Bedenken, die er bereits früher gegen die Neuregelung der Beamtenbesoldung und Finanzierung des Liquidationsschadengesetzes geltend gemacht hat.

Alle Vermutungen, daß etwa der Reparationsagent diese Veröffentlichung von sich aus veranlaßt hat, sind falsch. Der Reparationsagent läßt durch seine Pressestelle sein ausdrückliches Bedauern über die Veröffentlichung der „New York Times" aussprechen, verweigert aber eine Erklärung über den Vorfall.

Der Reichsfinanzminister Köhler wird im Laufe des heutigen Tages **eine Unterredung mit dem Reparationsagenten** haben, die sich vielleicht weniger auf eine umfassende Erörterung der aufgeworfenen Probleme, als auf die Form beziehen wird, in der die Reichsregierung und der Reparationsagent zu der durch die „Undichtheit" irgendeiner Stelle erfolgten Veröffentlichung des Memorandums Stellung nehmen werden. Wenn übrigens von Regierungsseite bestritten wird, daß das persönliche Verhältnis des Reichsfinanzministers zu dem Reparationsagenten zu wünschen übrig lasse, und wenn darauf hingewiesen wird, daß ein regelmäßiger Gedankenaustausch in den sogenannten laufenden Besprechungen stattfindet, so bleibt doch jedenfalls die Tatsache bestehen, daß **im Reichsfinanzministerium die Bedeutung der von Parker Gilbert schon vor der Abfassung seines jetzigen Schreibens geltend gemachten Bedenken überhört oder in ihrer Tragweite falsch eingeschätzt worden ist.**

Es scheint die Absicht zu bestehen, weder das Schreiben noch das Memorandum Parker Gilberts zu veröffentlichen. Es dürfte lediglich über die heute nachmittag stattfindende Besprechung des Reichsfinanzministers mit dem Reparationsagenten ein Communiqué ausgegeben werden.

Von anderer Seite hören wir noch: Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, **umfaßt das Schreiben des Reparationsagenten Parker Gilbert etwa vierzig Seiten.** Die Frage der Besoldungsreform und die Kostenfrage zur Durchführung des Reichsschulgesetzes werden nur nebenbei erwähnt. **Wohl aber wird das Steuerproblem in dem Schreiben ausführlich behandelt. Der Reparationsagent vertritt nach diesen Meldungen die Auffassung, daß neue große Ausgaben im Reichshaushalt ohne weitere Steuererhöhungen nicht möglich seien, wenn der Gleichgewicht gehalten und wenn nicht die Reparationszahlungen gefährdet werden sollen.** Im Gegensatz zu diesen Auffassungen des Reparationsagenten hat bekanntlich der Reichsfinanzminister Dr. Köhler bisher den Standpunkt vertreten, daß die neuen Ausgaben für die Besoldungsreform, für das Reichsschulgesetz und für das Liquidationsschädengesetz ohne Steuererhöhungen sich ermöglichen lassen werden.

Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß nun die Reichsregierung und vor allem der Reichsfinanzminister den Versuch machen werden, eine Basis der Verständigung mit dem Reparationsagenten zu finden. Man hofft weiter, daß die Reichsregierung im Reichshaushaltsausschuß des Reichstags, der erst am Mittwoch nächster Woche zusammentritt, bereits entsprechende Erklärungen abgeben kann. Auf Grund von Mitteilungen der Reichsregierung hat man sich im Aeltestenrat heute früh auch vorgenommen, die erste Lesung des Etats noch vor Weihnachten durchzuführen. Man rechnet also damit, daß der Etat bereits in den ersten Dezembertagen dem Reichstag unterbreitet werden kann. Auch im Zusammenhang damit wird natürlich die ganze Finanzlage eingehend besprochen werden.

Die Denkschrift des Reparationsagenten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 22. Oktober.

Die Note des Reparationsagenten Parker Gilbert wird in der Pariser Presse in einem für Deutschland wenig freundlichem Sinne kommentiert. Der „Matin" teilt seinen Lesern mit, daß Parker Gilbert in einer „strengen Note die Reichsregierung vor der übermäßigen Vermehrung der Ausgaben gewarnt hat". Im „Echo de Paris" erklärt Pertinax, daß der „Dawes-Plan bedroht ist". Die Erklärung, daß die Mitteilung des Reparationsagenten keine ungewöhnliche Bedeutung habe, wird für ungenügend gehalten. Der „Matin" sagt darüber: „Es ist Tatsache, daß seit einigen Monaten die Anfragen des Reparationsagenten immer häufiger geworden sind, und daß die Reichsregierung sich durch diese genaue Kontrolle geniert fühlte. In gewissen deutschen Kreisen ist man darüber erstaunt, daß sich die Reichsregierung nicht auf den von dem Reparationsagenten Parker Gilbert ausgeübten Druck beruft, um eine große Autorität gegenüber den Bundesstaaten zu erlangen, deren Finanzverwaltung zum Teil sehr kostspielig ist. Ein wahres Ausgabefieber ist in Deutschland zu beobachten. Zu den Verschwendungen für die Erhöhung der Beamtengehälter und zu den Ergänzungen des Etats kommen die zahlreichen Anleihen, die die Regierungen und Städteverwaltungen in Amerika machen. Nicht bloß Parker Gilbert, sondern auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und mehrere bedeutende Finanzleute haben es für notwendig gehalten, ein Warnungssignal zu geben."

(Siehe auch Seite 3.)

Amerika und Frankreich.

Zollstreit und Schuldenfrage.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 22. Oktober.

Die neue amerikanische Antwort an Frankreich im Tarifstreit ist fertiggestellt und wird heute dem Kabinett zur Begutachtung vorgelegt. Wie hier bereits ausgeführt, wird die Note erklären, Amerika könne nicht dafür garantieren, daß die von Frankreich gewünschte erneute Untersuchung der Gestehungskosten gewisser französischer Exportwaren die von Frankreich erhoffte Herabsetzung der amerikanischen Zölle zur Folge haben wird. Die amerikanische Regierung sei jedoch durchaus bereit, bei Nennung bestimmter Fälle besondere Untersuchungen vorzunehmen. Sie erwarte, daß dadurch Frankreich in die Lage versetzt werde, während der Verhandlungen über den Handelsvertrag seine Zölle für amerikanische Waren auf den Stand vor dem 6. September zu ermäßigen. **Die Vereinigten Staaten sind, wie man sieht, jetzt zu der Ueberzeugung gelangt, daß das starre Festhalten an der ursprünglichen Forderung nach Meistbegünstigung undurchführbar ist** und die Gefahr unerwünschter Debatten im Kongreß in sich birgt. Man ist daher bemüht, den Streit baldigst so zu beenden, daß beide Regierungen das Gesicht wahren können, indem die amerikanische Regierung den Status quo erhält und Frankreich dafür großzügige Neuerwägung gewisser dehnbarer Bestimmungen in Position 315 zugesichert wird. Gleichzeitig wird bekannt, daß das Staatsdepartement in einer längeren Konferenz mit dem Landwirtschaftsamt durchgesetzt hat, daß künftig die Quarantäne gegen fremde Landesprodukte nicht mehr verhängt werden soll, ohne das Staatsdepartement vorher zu fragen. Dieses sehr ungewöhnliche Eingreifen des Staatsdepartements in die Befugnisse anderer Ressorts ist nur zu erklären durch das offenbare Bemühen, gewissen französischen Wünschen möglichst zu entsprechen.

Die in über zwei Millionen Exemplaren über ganz Amerika verbreitete Zeitschrift „Saturday Evening Post", der der Schatzsekretär Mellon nahesteht, richtet in einem Leitartikel sehr ernste Mahnungen an Frankreich, nun endlich das Berenger-Abkommen zu ratifizieren. England und Italien hätten eine Schuldenregelung mit Amerika abgeschlossen, Deutschland den Dawes-Plan unterzeichnet, **Frankreich allein weigere sich, seine Verpflichtungen zu liquidieren,** obwohl Amerika mit der Hälfte des wirklichen Schulddetrages zufrieden sein wolle. Frankreich irritiere dadurch selbst seine besten Freunde in den Vereinigten Staaten, die zugeben müssen, daß Frankreichs Passivität wahrlich nicht seiner nationalen Würde entspricht. Frankreich werde klug handeln, wenn es das Schuldenabkommen baldigst ratifizierte, ohne diese Frage zum Spielball seiner inneren Politik zu machen. Poincaré werde seine Sonntagsreden halten können, auch wenn er dem Abkommen zustimmt. Die Ratifizierung und pünktliche Ausführung des Abkommens seien die erste Vorbedingung für eine spätere Neuerörterung der französischen Zahlungsfähigkeit. Sollte Deutschland je über zu große Belastung durch den Dawes-Plan klagen, so geben ihm die prompte Annahme des Plans und die pünktliche Erfüllung das Recht, Neuerwägung seiner Zahlungsfähigkeit zu verlangen. Frankreich beraube sich dieser Möglichkeit durch seine Inaktivität. Beim gegenwärtigen französischen Budget wäre es absurd, zu behaupten, daß Frankreich die geringen Raten der ersten Jahre nicht zahlen könne, oder daß die Transferierung dieser Beträge in Dollars Schwierigkeiten machen würde. **Bei aller Anerkennung der französischen Kriegsverluste halte die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes die Streichung der Hälfte der französischen Schuld für ein durchaus faires Angebot, besonders da die Raten der ersten zehn Jahre so niedrig bemessen sind. Deutschlands Anstrengungen, seine Reparationen unter dem Dawes-Plan zu zahlen, waren groß, die von Frankreich erwarteten Anstrengungen würden daneben gering sein.**

Die norwegischen Storthingwahlen

Die Niederlage der Rechten. — Die Alkoholfrage. — Das entzweite Bürgertum. — Eine sozialdemokratische Regierung?

Von unserem Korrespondenten

Erich Vogeler.

Oslo, im Oktober.

Die jähe Schwingung der Schalen, die am 17. Oktober an Norwegens politischer Wage sich vollzog, der Absturz der Rechten und das Aufschnellen der Arbeiterpartei, hat den Kenner norwegischer Verhältnisse nicht überrascht. Zum erstenmal nach langen Jahren wieder offenbart das Ergebnis dieser Wahl die wirkliche politische Lage dieses Landes, nachdem in den früheren Wahlen der Popanz der Alkoholverbotsfrage sämtliche politischen Fragen und Parteien tyrannisiert hatte. Waren es auch formell die parlamentarischen Parteien, die die früheren Wahlschlachten ausfochten, inhaltlich handelte es sich immer nur um zwei Fragen: hie Spiritusfreiheit — hie Alkoholverbot! Und die Entscheidung jeder Wahlschlacht war eine Grenzverwirrung, bei der die Linien sich überschnitten, sich verwickelten und verwischten. Der Kommunist, der sich nach Feierabend am Schenktisch nicht bevormunden lassen wollte, der Venstremann, der die Korruption satt hatte, der Bauer selbst (soweit er nicht begeisterter Anhänger der heimlichen Hausbrennerei war), wenn sie die Prohibition zu Fall bringen wollten, so mußten sie geschlossen für die Rechtsparteien stimmen. Anderseits konnte der Mann der Inneren Mission den bösen Teufel des Branntweins nur mit dem kommunistischen Wahlzettel bekämpfen. Mit der Parole gegen das Alkoholverbot hatte die Rechte, die als einzige diesen Kampf aufgenommen hatte, einen gewaltigen Zuzug bekommen. Mit der Beseitigung des Verbotes mußte es mit der Herrlichkeit der Rechten vorbei sein. Das Verdienst des Ministeriums Lykke, durch den Volksentscheid das Land vom Alkoholverbot mit aller seiner Korruption befreit zu haben, hat fast einen Schimmer von Märtyrertum. Das Ministerium Lykke grub sich damit sein eigenes Grab.

Aber natürlich sind die verlorenen 42 Prozent der Rechtswähler nicht ausschließlich „Schnapswähler", wie jetzt die Rechtspresse den „undankbaren" fremden Gästen nachschilt, es sind auch eine ganze Anzahl Eigener darunter, die enttäuscht und verärgert das Haus verließen. Die Früchte der konservativen Wirtschaftspolitik waren allzu herbe. Deflationspolitik, mit ihrer Belastung des Wirtschaftslebens, mit ihrer Sparpolitik und Reduktion der Gehälter ist niemals populär, und es ist charakteristisch, daß außer den Regierungsparteien nur diejenige Partei von dem Unwillen der Wähler getroffen wurde, die gerade die Paripolitik der Regierung unterstützte, nämlich die radikale Linke, während die Bauernpartei, die, sonst der Regierung nahe, in der Kronenpolitik abrückte, von der Gunst der Wähler mit vier neuen Mandaten beschenkt wurde. Daß das Ministerium Lykke in die schwierige Deflationspolitik hineinkam, war ihr Schicksal; daß sie ihr nicht feige auszuweichen versuchte, war ihr Verdienst; daß sie ihre Folgen mit reaktionären Mitteln niederzukämpfen unternahm, war ihre Schuld. Statt die Wirtschaftskrise mit geeigneten Mitteln zu beheben, ging man gegen die Arbeitskrise mit Zwangsschiedsgerichten vor, statt die Arbeitslosigkeit zu mildern, sah man die Arbeitslosenunterstützung als das Unheil an. Was den Friedenspredigern unter der zersplitterten Arbeiterschaft nicht gelungen war, gelang dem Kriegsruf der Regierung: die Kommunisten und Sozialdemokraten schlossen sich zu einer Partei zusammen.

So ist jetzt die Lage: einem heute, wo Rechtspartei und Nationalliberale sich die Freundschaft aufgesagt haben, mehr als je entzweiten Bürgertum steht die geschlossene und im Zusammenschluß radikalisierte Arbeiterschaft gegenüber, die im Storthing mit ihren 60 Stimmen, zu denen sie zu solchem Zweck jederzeit die drei moskowitischen Außenseiter hinzubekommt, alle parlamentarische Arbeit sabotieren kann. Ganz besonders schlimm und verhängnisvoll in einem Lande wie Norwegen, dessen Verfassung den Appell an die Wähler während einer Legislaturperiode nicht zuläßt.

Daß das Ministerium Lykke demissioniert, allerdings erst mit Beginn der neuen Periode im Januar, ist sicher. Daß auch jetzt wieder, wie das vorige Mal beim Rücktritt der Regierung Mowinckel, der Ruf nach der bürgerlichen Einigung, nach einer Koalitionsregierung unter einer neutralen Persönlichkeit von allgemeiner Geltung laut wird, ist verständlich. Und wieder taucht der Name Frithjof Nansen auf. Aber bei den größeren bürgerlichen Parteien findet der Gedanke nur wenig Anklang und hat, mehr ideologischer als praktischer Konstruktion, wenig Aussicht auf Verwirklichung. Am meisten Möglichkeiten, positiv zu arbeiten, hätten von den bürgerlichen Parteien die Liberalen, deren Führer Mowinckel auch wohl der beste politische Kopf ist, mit allen Fähigkeiten des Praktikers. (Daß er seinerzeit die Zügel fallen ließ, wurde ihm zwar gerade von den Positiven sehr verübelt, war aber vielleicht nur ein schlauer Schachzug von einem, der persönlich im Gegensatz zu seiner Partei für die Aufhebung des Alkoholverbotes war.) Auch als Mittelpartei hätten die Liberalen am ehesten auf Unterstützung von beiden Seiten zu hoffen. Aber da die Wahl gegen sie ausgefallen ist, halten sie sich nicht für berechtigt, diese Minderheitsregierung zu bilden, und schieben die von der Wahl begünstigte Bauernpartei vor. Diese merkwürdige Partei, die zwar eine hervorragende Geschicklichkeit im Lavieren gezeigt hat, genießt jedoch das Vertrauen der anderen nicht in dem Umfange, daß ein Ministerium Melby auf weitgehende Unterstützung rechnen könnte. Das